



MAGRAL AG

296. Ausgabe - November 2022

VERTRAULICHE INFORMATIONEN FÜR DIE LEITER DER KÄMMEREI

MAGRAL`s Markets

Märkte - Meinungen - Konditionen

Nächster Inflationsschock: Anstieg der Verbraucherpreise in der BRD im Oktober bei 11,6% – Höchststand seit 1951

⊕ Die EZB hat viel zu lange die Augen vor dem stetigen Inflationsanstieg verschlossen. Schon im Sommer 2021, also lange vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine, war die Inflationsrate in der Eurozone auf über 5% angezogen – dennoch sprach die EZB von einer vorübergehenden Erscheinung. Die Folge: Die EZB hat erst mit fast einem Jahr Rückstand den Kampf gegen die Inflation aufgenommen; Zinserhöhungen entfalten ihre maximale Wirkung auf die Inflationsrate jedoch nach 4-6 Quartalen; das bedeutet: besser früh als zu spät reagieren. Dieser Zögerungshaltung der EZB haben wir jetzt die überschießende Preisentwicklung zu verdanken, die in den baltischen Staaten sogar mehr als 20% beträgt. Und dieser Umstand dürfte noch einige Zeit anhalten:

Der Index der **Produzentenpreise** in Deutschland ist im Jahresvergleich um fast 46% gestiegen. Das ist die höchste Inflationsrate an Produzentenpreisen seit 1923 (!!). Der Anstieg der Produzentenpreise schlägt allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Verbraucherpreise durch. Das heißt: Eine kurzfristige Entspannung an der Preisfront ist nicht erkennbar. Bundesbankpräsident Nagel warnt bereits, dass die durchschnittliche Inflation in 2023 mindestens 7% betragen könnte. Eine EZB-Befragung unter der europäischen Bevölkerung

zeigt, dass die Bürger im Mittel für in 3 Jahren einen Preisanstieg von 4,7% erwarten. Diese Erwartungshaltung ist gefährlich; die Gewerkschaften stellen dementsprechend höhere Lohnforderungen, die Unternehmen trauen sich, ihre Preise anzuheben. Beides trägt, sich wechselseitig aufschaukelnd, zu höherer Inflation bei und führt zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Beim Blick auf diesen Preisanstieg ist parallel zu betonen, dass die deutschen Bürger (Berechnung DZ-Bank) in 2022 durch den negativen Realzins von 7% einen kumulierten Kaufkraftverlust von rund € 400 Milliarden erleiden werden.

Deshalb ist es jetzt extrem wichtig, dass die EZB endlich mit Ernsthaftigkeit die Inflation angeht. Dazu passt, dass die EZB nach der jüngsten Zinserhöhung Ende November die Konditionen von langfristiger Refinanzierung für Geschäftsbanken (TLTRO III) anpassen will, um die Banken zu einer vorzeitigen Rückzahlung dieser subventionierten Kredite anzuregen. Das wäre geldpolitisch sinnvoll, weil es zum Bilanzabbau der EZB beiträgt und andererseits die enormen Gewinne der Banken aus diesen Geschäften begrenzt. - Beiläufig: Die Negativzinsen hatten die meisten Banken munter an die Kunden weiter gereicht, die hohen Gewinne aus TLTRO stillschweigend vereinnahmt. - Ein weiterer Anstieg der Zinsen würde auch dem Wechselkurs des Euro helfen. Wegen der zögerlichen EZB-Politik war der Euro über Monate gegenüber vielen Währungen, v.a. US-\$ und Franken, gefallen. Diese Entwicklung verteuerte die Importe auf diese Währungsbasis, was die Inflation zusätzlich anheizte. Ein stärkerer Euro würde Importe verbilligen und die Inflation etwas dämpfen. Als die Notenbanken vor rd. 14 Jahren diese ultralockere Geldpolitik begannen, wurde weitgehend ignoriert, dass die Bewährungsprobe erst mit dem Ausstieg kommt. Das Risiko, dass die Notenbanken bei diesem Ausstieg weitere Fehler begehen, ist nicht auszuschließen und somit das Risiko heftiger Turbulenzen hoch. Die größte Bewährungsprobe aber kommt für die EZB, wenn Länder, wie z.B. Italien, im Rahmen des Zinsanstiegs stärker unter Druck gerieten und die EZB zur Stützung dann weitere italienische Anleihen kaufen müsste. In einer Phase der Straffung, also des Abschöpfens von Liquidität, mit Anleihekäufen genau die gegenteilige Geldpolitik zur Inflationsbekämpfung zu fahren, würde extreme Währungsturbulenzen auslösen, wie wir erst vor wenigen Tagen in England feststellen konnten. Es wird also spannend zu beobachten, wie sich die EZB verhalten wird, wenn Wackelkandidaten Ausnahmeregelungen beanspruchen sollten. Wichtig: Die EZB darf nicht den Fehler vieler Notenbanken aus den 70er Jahren wiederholen und das Vorgehen gegen die Inflation zu früh einzustellen. Der Preisanstieg flackerte damals kurze Zeit später wieder auf, ihm musste dann mit noch stärkeren Zinserhöhungen begegnet werden. 🌟

Wichtige Daten, Stand 02.11.2022

EURIBOR

1 Monat:	1,385
3 Monate:	1,726
6 Monate:	2,198

Bund Future	138,55
Umlaufrendite	2,09
Euro	0,98 US \$

Geldanlagen

24 Monate mit Garanziezins für die ersten 6 Monate (täglich kündbar)	0,60
---	------

Kassenkredite

1 Monat:	1,20 - 1,35
3 Monate:	1,75 - 2,00
12 Monate:	2,60 - 2,75
bis 10 Jahre:	auf Nachfrage

Kommunaldarlehen*

5 Jahre:	3,15 - 3,30
10 Jahre:	3,25 - 3,45
20 Jahre:	3,55 - 3,65
ges. Lz. 25 Jahre:	3,30 - 3,45
ges. Lz. 35 Jahre:	3,45 - 3,60
ges. Lz. 40 Jahre:	auf Nachfrage
ges. Lz. 50 Jahre:	auf Nachfrage

Zins-Angaben in %

* Basis:

Nominalzins, 100 % Auszahlung,

Tilgung annuitätisch 2 %, 1/4-jährl.,

Zinssätze in Abhängigkeit der Betragshöhe,

alle gängigen Alternativen darstellbar

Ihr direkter Kontakt zur MAGRAL AG

Dr. Albert Gresser, Tel.: 089 829946-0, Martin Gresser, Tel.: 089 829946-0

Kommunales Finanzmanagement:

Ernst Altendorfer, Tel.: 089 829946-66, Email: e.altendorfer@magral.de

Kristina Kilian, Tel.: 089 829946-55. Email: k.kilian@magral.de

MAGRAL AG, Offenbachstraße 41, 81245 München

Telefon: 089 829946-0, Telefax: 089 82 99 46-46

kontakt@magral.de, www.zinssteuerung.com, www.magral.de

USt.-IDNr. DE182195801, HRB 114 166 München

Vorstand: Dr. Albert Gresser, Martin Gresser

AR-Vors.: Susanne Gresser-Lachenmayr
